



LUZERNER UNIVERSITÄTSREDEN NR. 22

Harold James

Internationale Ordnung nach der Finanzkrise



Autor

Harold James, Ph.D., Professor of History and International Affairs, Princeton University (USA)

Impressum

Herausgeber:

Prof. Dr. iur. Paul Richli, Rektor

Redaktion, Layout:

Markus Vogler, Maurus Bucher

ISBN 978-3-033-03448-8

April 2012

Inhalt

Harold James

Vorwort

Seite 7

Zur internationalen Ordnung nach der Finanzkrise

Seite 9

Zur internationalen Ordnung nach der Finanzkrise

Vorwort

Für die junge Universität Luzern und ihre Kultur- und Sozialwissenschaftliche Fakultät war es ein akademisches Highlight: Am 22. November 2011 hielt Professor Harold James von der Princeton University einen Vortrag, der auf ein grosses Publikumsinteresse stiess. Das Thema hätte aktueller nicht sein können, sprach der renommierte Wirtschaftshistoriker doch zur «Internationalen Ordnung nach der Finanzkrise». In seinen Überlegungen ging Harold James nicht nur auf die Verschuldungsprobleme vieler Staaten im aktuellen Kontext ein, sondern analysierte die derzeitige Finanzkrise auch in ihrer bislang erst wenig beachteten historischen Tiefendimension. Dabei legte er überzeugend dar, dass die internationale Ordnung nach der Finanzkrise sehr viel grundsätzlichere Fragen aufwirft, um sie durch spezifisch nationale Lösungsmodelle zu beantworten. In der aktuellen Krise geht es um Wertefragen in einem globalen Zusammenhang. Harold James sieht die gegenwärtige Phase des Umbruchs in einer Reihe von Ereignissen epochaler Verwerfungen und deutet das Jahr 2007 als Ende des «langen zwanzigsten Jahrhunderts» und der amerikanischen Weltmachtstellung. Zur Begründung führt er historische Beispiele an, wie frühere Hegemonialstellungen und wirtschaftspolitisch geprägte Machtkonstellationen zusammenbrachen. Die Analogien sind jeweils evident und geben Anlass zum Nachdenken.

Die hier angesprochenen Fragen sind auch für die Schweiz von Bedeutung. Harold James kennt unser Land und seine Finanz- und Wirtschaftsgeschichte aus langjähriger Beschäftigung. Bekanntlich war er Mitglied der Unabhängigen Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg, die sich unter anderem mit ungeklärten Fragen der Finanzgeschichte auseinandersetzte. Neben vielgelobten Büchern zur «Geschichte Europas im 20. Jahrhundert» (2004), zu «Die Deutsche Bank und die Arisierung» (2003) und jüngst zu «Krupp. Deutsche Legende und globales Unternehmen» (2011) publizierte er wichtige Beiträge zur Entstehung der Schweizer Geldpolitik, so etwa «Die Nationalbank 1907–1946: Glückliche Kindheit oder schwierige Jugend?» in der Festschrift zum 100-jährigen Jubiläum der SNB. Erst vor wenigen Monaten, am 28. August 2011, erschien ein Artikel aus seiner Feder in der NZZ am Sonntag mit dem bemerkenswerten Titel «Die Schlacht um den Franken». Im Artikel zeigt Harold James die frappanten Ähnlichkeiten der aktuellen schweizerischen Situation mit dem harten Franken in den 1930 Jahren auf. Es ist wohl kein Zufall: Nur wenige Tage später am 6. September erliess die SNB eine Kursuntergrenze.

Die Schweiz ist heute wie damals Opfer ihres eigenen Erfolgs mitten in einer Welt voller Unsicherheiten und Ungleichgewichte. Was kommt noch auf uns zu? Wie wird die internationale Ordnung nach der Finanzkrise aussehen? Darauf liefert der Historiker aus Princeton mehr als nur erste Antworten.

Wir freuen uns, dass mit der vorliegenden Publikation Harold James' Überlegungen Eingang in die Universitätsreden der Universität Luzern gefunden haben und danken Luzern Events und dem Europaforum für die grosszügige finanzielle Unterstützung.

Prof. Dr. Christoph A. Schaltegger / Prof. Dr. Aram Mattioli,

14. Februar 2012

Zur internationalen Ordnung nach der Finanzkrise

Harold James

Gastvortrag auf Einladung des Ökonomischen Seminars und des Historischen Seminars der Kultur- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Luzern am 22. November 2011

Wie wird internationale Ordnung geschaffen – und wie verlässlich ist sie in einer Welt, in der sich die politischen Fundamente ebenso schnell verschieben wie die ökonomischen? Die Geographie der Macht verändert sich, vor allem durch den Aufstieg Chinas. Welche Folgen hat der Aufstieg neuer Grossmächte für die Strukturen und Funktionen des internationalen Systems? In der Vergangenheit haben wirtschaftliche und politische Grossbeben auch die moralischen Fundamente der Gesellschaft erschüttert, haben Kriege oder Finanzkrisen zu Verwirrung und Unsicherheit über die grundlegenden Werte geführt. Das gilt nicht nur im technischen Sinne – können wir auf Gold als Währung vertrauen, auf den US-Dollar, auf den Euro oder auf das Pfund Sterling? –, das gilt auch in einem breiteren Kontext: Wie erreicht man die bestmögliche Ordnung der Wirtschaft, der Gesellschaft oder eines politischen Systems? Und wie lässt sich Ordnungspolitik legitimieren?

Eine internationale Ordnung ist nicht einfach nur angewandte Machtpolitik. Sie entsteht auch aus einer Art Ideen-Bausatz. Wenn wir die weltpolitischen Ordnungssysteme der Vergangenheit betrachten, sehen wir sie gern als Produkte der Politik bestimmter Länder, die eine grosse Vision umsetzen wollten – denken Sie nur an die auf John Bright oder Richard Cobden zurückgehende britische Überzeugung von einer allgemeinen «Wohltätigkeit» des Handels im 19. Jahrhundert, oder auch an den universellen Geltungsanspruch der amerikanischen Vision vom Wohlstand durch Freihandel in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Doch selbst visionäre Weltordnungen sind nicht von Dauer. Eine ganze Reihe von Ereignissen und Daten – 1688, 1776, 1789 oder auch 1914 – markieren epochale Verwerfungen. Auch wir befinden uns gerade inmitten einer solchen Zäsur. Das «lange zwanzigste Jahrhundert», von dem die Historiker später sprechen werden, endete nicht mit den Terroranschlägen vom 11. September 2001. Das Ende dieser Epoche wird vielmehr durch den Beginn der Finanzkrise im Jahr 2007 markiert.

Ein historisches Beispiel bietet eine besonders machtvolle Analogie zu den derzeitigen Umwälzungen im wirtschaftlichen und weltpolitischen Machtgefüge. Als die Finanzkrise des Jahres 1931 Grossbritannien zwang, den Goldstandard für das Pfund Sterling aufzugeben, war das unmittelbar ein schwerer Schlag für die wirtschaftliche Stellung des Landes. Doch erst ein Vierteljahrhundert später sollten die Briten dessen machtpolitische Auswirkungen in ihrer ganzen Breite zu spüren bekommen. Erst 1956 offenbarte die Suez-Krise die militärische Ohnmacht und finanzielle Erpressbarkeit Grossbritanniens; der britische Anspruch, im Sinne einer internationalen Ordnung die Position des Schiedsrichters einzunehmen, war nach dieser schweren Demütigung hinfällig. Die Briten selbst reagierten mit Bestürzung und tiefem Unbehagen auf die neue Weltordnung. Quer durch das gesamte politische Spektrum teilte man eine bittere Abneigung gegen den neuen amerikanischen Hegemon und gegen die Werte, für die er stand. Die politische Rechte verachtete die ungehobelte Meritokratie einer jungen kommerziellen Kultur, während die Linke vor allem die soziale Ungleichheit und die Rassenschranken in der US-Gesellschaft anprangerte. Eine Mischung aus diesen anti-amerikanischen Positionen bestimmte die Haltung der gesamten britischen Gesellschaft samt ihrer politischen Klasse. Ein typisches Beispiel dafür ist die Tatsache, dass niemand im Foreign Office auch nur die geringste Überraschung über den abgrundtiefen und ungeschminkten Amerika-Hass von Kim Philby zeigte, dem führenden britischen Geheimdienstmann in Washington, der als Doppelagent für die Sowjetunion spionierte.

Die Parallele zwischen Grossbritannien zur Zeit der Suezkrise und den Vereinigten Staaten nach ihrem Einmarsch im Irak 2003 ist offensichtlich. Auch die USA sind durch Verschiebungen im internationalen Machtgefüge wirtschaftlich und politisch unter Druck geraten. Wie einst die Briten, so zeigen sich jetzt auch die Amerikaner tief verunsichert. Die amerikanische Rechte mag sich nicht mit dem Gedanken an einen Triumph des kommunistischen Regimes in China anfreunden; die US-Wirtschaft fürchtet die Erosion ihrer Wettbewerbsfähigkeit, während die Linke amerikanische Arbeitsplätze bedroht sieht und ausserdem die soziale Ungleichheit missbilligt, die durch chinesische Billigproduzenten geschaffen wird. Und alle Amerikaner, ob rechts oder links, lehnen autoritäre Regierungsformen ab. Kurz und gut, sie sind misstrauisch gegenüber der Machtfülle und den Idealen einer potentiellen neuen Hegemonialmacht. Es ist geradezu erstaunlich, wie allgegenwärtig mittlerweile in Washington die Auffassung ist, dass der Antagonismus zwischen China und den USA unvermeidlich sei und bleiben müsse. Eine ganze Reihe prominenter US-Ökonomen, allen voran Paul Krugman, Alan Blinder und Larry Summers, hat sich durch diese Auffassung dazu verleiten lassen, die Globalisierung skeptisch zu beurteilen. Sie glauben nicht mehr daran, dass die Globalisierung den Amerikanern Vorteile bringt. In den USA hört man den Widerhall einer früheren Krise, nämlich des finanziellen und wirtschaftlichen Zusammenbruchs in den 1930er Jahren, der den Wandel einer Weltordnung im Zeichen der Pax Britannica zur sogenannten Pax Americana in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts einläutete. Wenn wir die Interpretationen dieses Wandels

in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts genauer betrachten, so gewinnen wir die Chance, die Herausforderungen der Gegenwart besser zu meistern.

Für die grosse Krise zwischen den Weltkriegen haben der Realist E. H. Carr auf der einen und der liberale Ökonom Charles Kindleberger auf der anderen Seite zwei äusserst unterschiedliche Diagnosen gestellt. Der eine beurteilte die Möglichkeit einer institutionalisierten Weltordnung ganz pessimistisch; der andere sah das vorsichtig optimistisch. Diese gegensätzlichen Standpunkte sollen hier als Ausgangspunkt der Analyse dienen. Denn – und das wird im Folgenden gezeigt – weder konnte einer von beiden komplett überzeugen, noch liess sich einer von beiden von vorneherein als völlig abwegig beiseite schieben. Der Wandlungsprozess der 1920er und 1930er Jahre war ausgesprochen konfliktreich und zerstörerisch. Wenn es uns gelingt, aus der Analyse dieses Prozesses die richtigen Lehren zu ziehen, lassen sich vielleicht Bedingungen schaffen, unter denen sich der derzeitige Wandel weniger brutal und destruktiv vollziehen könnte.

I.

E. H. Carr wurde ganz wesentlich durch die Erfahrungen der 1930er Jahre geprägt. Für ihn hatte diese Ära zwei Schlüsselereignisse: Das war zum einen der Zusammenbruch der konventionellen Laissez-Faire-Ökonomie in der Grossen Depression – und zum anderen das Versagen des institutionalisierten internationalen Liberalismus in Gestalt von Woodrow Wilsons Völkerbund-Satzung. Carr sah beide Faktoren als untrennbar miteinander verbunden an, als zwei Teile eines komplexen Ganzen. Vor allem die Grosse Depression hatte aus seiner Sicht die Politik «neu geformt»: Diese wirtschaftliche Katastrophe war für Carr nichts anderes als die Bankrotterklärung des traditionellen Liberalismus – und zwar sowohl ökonomisch, in der Gestalt des Laissez Faire, als auch im Bereich der Politik. Die logische Konsequenz konnte nichts anderes sein als eine radikale Abkehr von den diskreditierten Modellen der Vorkriegszeit. «Die Auffassungen, die dem Liberalismus des 19. Jahrhunderts entstammen», so Carrs Schlussfolgerung, «sind tatsächlich unhaltbar.»¹

Die moderne Industrie strebte nach einer Konzentration von Produktion und Besitz, denn für das Fabrikwesen brauchte man vor allem Kapital, und wo es um Massenproduktion ging, waren die Eigner grosser Industrieunternehmen und grosser Kapitalmengen unbedingt im Vorteil. In den meisten Ländern verschafften sich die Grossunternehmen durch Kartelle zusätzliche Macht, und dafür wiederum waren sie in aller Regel auf politischen Schutz in Form von Handelsbarrieren angewiesen – andernfalls hätten Konkurrenten aus dem Ausland die Kartelle auf deren Heimatmarkt unterbieten und aushebeln können.

¹ E.H. Carr, *The Twenty Years' Crisis 1919–1939: An introduction to the study of international relations*, London: Macmillan, 1939, S. 53.

Kartelle und Trusts gewannen zunehmend Einfluss auf die Staaten; politische Macht wurde zum Werkzeug wirtschaftlicher Interessen. Das Gesetz der Wirtschaftskonzentration, oder der zunehmenden Polarisierung, kam der Marx'schen Verelendungstheorie aus dem 19. Jahrhundert ausgesprochen nahe: Auf der einen Seite ein verarmtes Proletariat, auf der anderen Seite der hochkonzentrierte Industriebesitz.

Carrs Ansatz war insofern originell, als er den sattsam bekannten Gedanken eines «eisernen Gesetzes» der Wirtschaftskonzentration in eine Theorie der internationalen Beziehungen übertrug. Er machte eine Parallele zwischen beiden Systemen aus: Ebenso wie der kapitalistische Produktionsprozess beruhte das internationale Staatensystem letztlich nicht auf moralischen Empfindungen, sondern auf roher Gewalt. Diese Beobachtung war dem Kontext der Zeit zwischen zwei Weltkriegen durchaus angemessen. Das Prinzip des freien Welthandels aus dem 19. Jahrhundert hatte sich in den 1920er Jahren noch einmal für kurze Zeit wiederbeleben lassen, kollabierte dann aber in der Grossen Depression erneut und scheinbar endgültig. Die Nationalstaaten strebten nun nach Autarkie, nach weitestmöglicher wirtschaftlicher Unabhängigkeit, und damit stieg die Bedeutung von Macht in der internationalen Wirtschaft. «Unter den modernen Bedingungen ist die künstliche Förderung eines gewissen Grades an Autarkie notwendige Voraussetzung für geordnete soziale Verhältnisse», schrieb Carr. «Autarkie ist aber nicht nur eine soziale Notwendigkeit, sondern auch ein Instrument politischer Macht.» Handelskriege und Wirtschaftskonflikte wurden zu Orten der Machtpolitik. Carr erkannte in den 1930er Jahren sogar einen Trend, wirtschaftliche durch militärische Stärke zu ersetzen.²

Weil in Carrs Theorie die internationalen Beziehungen ebenso grundsätzlich nach dem Prinzip der Stärke funktionierten wie die Wirtschaft, musste folgerichtig für das internationale System auch das Gesetz der Konzentration gelten. Grosse Einheiten würden gegenüber kleineren Staaten unvermeidlich im Vorteil sein. In der Welt, wie Carr sie sah, «gibt es einen klaren Trend hin zur Integration und zur Entstehung immer grösserer politischer und wirtschaftlicher Einheiten».³ Entsprechend teilte Carr die Abneigung des Ökonomen John Maynard Keynes gegen die vermeintlich künstlichen Kleinstaaten, die 1919 in den Pariser Verträgen neu geschaffen worden waren – nicht zuletzt in dem Versuch, die Doktrin der nationalen Selbstbestimmung anzuwenden. Für Carr lag die eigentliche Realität in der Machtanhäufung durch die grossen Staaten, und zwar insbesondere durch jene Staaten, die man von Versailles und den übrigen Pariser Verträgen ausgeschlossen hatte: Deutschland und das sowjetische Russland.

² Carr, *Twenty Years' Crisis*, S. 155, 164.

³ Carr, *Twenty Years' Crisis*, S. 293.

Die Anwendung der These, wonach sich im internationalen System Machtblöcke rund um die grossen Staaten formierten, führt direkt zum problematischsten Teil von Carrs grösstem theoretischen Werk *The Twenty Years' Crisis*. In der ersten Auflage rechtfertigte Carr nämlich das Kalkül, das dem Münchener Abkommen von 1938 zugrundelag. Darin hatten sich die vier Grossmächte Deutschland, Grossbritannien, Frankreich und Italien auf eine Lösung der sogenannten «tschechoslovakischen Frage» geeinigt – über die Köpfe der Tschechen hinweg. Nach Carrs Worten stand das Münchener Abkommen im Einklang «nicht nur mit dem Wandel im europäischen Kräftegleichgewicht, sondern auch mit einem allgemein akzeptierten internationalen Wertekanon».⁴

Für Carr lagen die Dinge bei den neuen Mächten der 1930er Jahre nicht prinzipiell anders als bei den etablierten Grossmächten: So wie man im Westen die öffentliche Meinung durch Reden von der Demokratie mobilisierte, hatten auch Deutschland, Italien oder Russland ihre je eigene, legitime Rhetorik. Ihre Erzählungen bauten auf der Logik der Macht auf und waren aus Carrs Sicht ebenso stichhaltig – oder eben genauso unzulässig – wie die jedes beliebigen anderen Staates. Die Rede von den Menschenrechten war für ihn nichts weiter als eine rhetorische Waffe, die von den neuen Mächten geschickt eingesetzt wurde, um etwa die Befreiung des Proletariats oder auch die Rechte der deutschsprachigen Minderheiten in Mitteleuropa als universelles Gut zu präsentieren. Carr wollte keine Kriterien ausserhalb der Logik der Macht anerkennen, um die Taten der Grossmächte auf ihre Legitimität hin zu überprüfen – war für ihn doch die Rhetorik in jedem einzelnen Fall nichts weiter als ein Feigenblatt für die Machtausübung. Aus dieser Perspektive waren die weltpolitischen Aufsteiger Hitler, Mussolini und Stalin einfach nur aufrichtiger als die westlichen Mächte, weil sie sich explizit auf das Machtprinzip beriefen.

Wer nun als Politiker die Unvermeidbarkeit der neuen Dynamik in der internationalen Politik nicht erkannte – oder auch nur vorgab, sie nicht zu erkennen – war demzufolge entweder begriffstutzig oder unehrlich. Entsprechend war Carr ganz und gar einer Meinung mit Keynes, dass nämlich der Idealismus Woodrow Wilsons höchst gefährlich sei. Sein Buch geht tatsächlich noch deutlich weiter als Keynes' berühmte Polemik von 1919, nämlich bis hin zu dem perversen Versuch, eine prinzipielle Ähnlichkeit zwischen Wilsons kämpferischem Idealismus und Hitlers Ideologie nachzuweisen.⁵ Die internationalen Beziehungen waren notwendigerweise und dauerhaft von Konflikten bestimmt. Experimente wie der Völkerbund (oder später die Vereinten Nationen) waren deshalb von vorneherein zum Scheitern verurteilt. «Es scheint nicht länger möglich, auf Kosten von anderen eine Schein-Harmonie herzustellen», folgerte Carr. «Der Konflikt lässt sich nicht mehr wegzaubern.»⁶

⁴ Carr, *Twenty Years' Crisis*, S. 282.

⁵ Carr, *Twenty Years' Crisis*, S. 300.

⁶ Carr, *Twenty Years' Crisis*, S. 297.

Die Doktrin, die aus Carrs Theorie resultierte, war schon damals unattraktiv – auch wenn sie bei all jenen Resonanz gefunden haben mag, die in dem idealistischen Zeitgeist à la Woodrow Wilson nur eine oberflächlich moralisierende Pose erkennen wollten, und auch wenn sie die neuen Realitäten im Zeitalter Hitlers und Stalins besser zu reflektieren schien. Wenn wir heute, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, zurückblicken, kommen wir jedoch zu einem anderen Ergebnis: Dass nämlich die Strukturen, die Carr beobachtet und dann als eiserne Gesetze reformuliert hat, weit weniger dauerhaft waren, als er glaubte. Sowohl zu Beginn als auch am Ende des 20. Jahrhunderts beruhten die ökonomischen Prozesse weit mehr auf dem Wettbewerbsprinzip, als von Carr unterstellt. Und sobald die Schranken und Blockaden in der internationalen Wirtschaft wieder fielen, war es gar nicht mehr so offensichtlich, dass alle Vorteile bei den Akteuren mit der grössten Machtfülle lagen.

II.

Die Gewinner der Globalisierung im späten 20. Jahrhundert und die Profiteure eines weltweiten Trends zur Liberalisierung waren kleine Staaten: Taiwan, Singapur, Hongkong, Neuseeland, Chile, Irland, Finnland, Estland oder Slowenien. Warum? Zunächst einmal können sich kleine Staaten in der Regel schneller und besser wirtschaftlich liberalisieren. In einem kleinen Staat führt die Installation dichter Kontrollnetzwerke leicht zu Kapitalflucht und zum Verlust anderer beweglicher Produktionsfaktoren. Aus grösseren Staaten ist Kapital oder Arbeit viel schwieriger auszulagern. Grosse Staaten neigen daher zur Regulierung, während umgekehrt kleinere Staaten tendentiell eher bereit sind, zum Beispiel ihre Arbeitsmärkte zu öffnen und Kapitalsteuersätze zu senken. Paradoxe Weise funktioniert dort aber nicht nur die Deregulierung besser, sondern auch der Sozialschutz. Man nutzt staatliche Mittel, um die Verlierer der Globalisierungsprozesse zu unterstützen, und erreicht so eine breite Akzeptanz in der politischen Öffentlichkeit. Pioniere dieses Modells waren die skandinavischen Länder seit den 1970er und vor allem in den 1990er Jahren; zu Recht ist es zum bewunderten Vorbild in Europa geworden.

Es gibt auch schlagkräftige volkswirtschaftliche Argumente dafür, dass kleinere Länder ökonomisch anpassungsfähiger sind.⁷ In einer globalisierten Welt erkennen kleine Staaten schneller, wo Wettbewerbsvorteile liegen – und sie können den entsprechenden Sektor gezielt subventionieren, ohne dass unter den übrigen Branchen sofort ein grosses Gerangel um vergleichbare staatliche Zuwendungen entsteht. Auf diese Weise förderte, um nur die bekanntesten Beispiele zu nennen, Taiwan seine Elektronikindustrie, Finnland den Bau von Mobilfunkgeräten und die Schweiz ihre Finanzdienstleister. Sie alle haben sich zu Weltmarktführern entwickelt, und ihnen allen ist klar, dass sie sich weiterhin eben nicht nur auf ihrem heimischen Markt, sondern im internationalen Wettbewerb behaupten müssen.

⁷ Alberto Alesina and Enrico Spolaore, *The size of nations*, Cambridge, Mass. : MIT Press, 2003.

Ebenso wie während der Zwischenkriegszeit sind die kleinen Länder auch heute in der Diskussion um eine weltpolitische Ordnung die natürlichen Verfechter supranationaler globaler Strukturen, die zum einen die Interessen der einzelnen Mitglieder, zugleich aber auch das Gemeinwohl vertreten sollten.

Die Verschiebungen im internationalen System zugunsten der kleinen Staaten gegen Ende des 20. Jahrhunderts waren allerdings nicht von Dauer. Seit einiger Zeit, womöglich schon seit der Jahrtausendwende, sehen wir Carrs Logik erneut am Werk: Mächtige und bevölkerungsreiche Länder wie China, Russland und die USA, die Energie- und Rohstoffmärkte kontrollieren oder auch manipulieren können, sind wieder zunehmend im Vorteil. Die Gewinner der Vorzeit – Finnlands Mobilfunkindustrie oder die Schweizer Banken – scheinen nun verwundbar, weil sie keine politische Macht im Rücken haben. Grosse Staaten dagegen sind, ebenso wie die Grossbanken, scheinbar gestärkt aus der Krise hervorgegangen.

Der Rückfall in eine Welt, wo der Vorteil wieder einmal bei den Stärkeren mit ihren grösseren demographischen und ökonomischen Ressourcen liegt, war schon vor der Finanzkrise des Jahres 2007 sichtbar. Seitdem ist er noch offensichtlicher geworden. Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel hat das mit geradezu brutaler Offenheit ausgesprochen, als sie am 19. Mai 2010 die Bedingungen für EU-Hilfen an das überschuldete Griechenland stellte: «Die Regeln dürfen sich nicht nach den Schwächsten richten, sondern sie müssen sich nach den Starken richten. Ich weiss, dass das eine harte Botschaft ist. Ökonomisch ist sie aber ein absolutes Muss.»⁸ Im globalen Massstab sind wir inzwischen geradezu besessen von den BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien und China) als den neuen Giganten der Weltpolitik. Unter den Bedingungen der andauernden Krise werden sie sich zu «Big Really Imperial Countries» (Grossen, Real Existierenden Imperialstaaten) entwickeln. Die Zukunft der Globalisierung wird daher eher von Machtpolitik als von Märkten gestaltet werden. Dann triumphiert Konkurrenz über Kooperation – oder, wie es Gideon Rachman formuliert hat: An die Stelle einer «Win-Win»-Mentalität im Zeitalter des Optimismus tritt das Nullsummenspiel einer von Angst geprägten Welt.⁹

Nicht weniger überwältigend als die schiere Geschwindigkeit, mit der China wächst, ist die Geschwindigkeit, mit der seine Wachstumsrate nach oben korrigiert werden muss. Die Entwicklung Chinas in den letzten 20 Jahren markiert einen wirtschaftshistorischen Weltrekord: Es ist die längste Periode mit der höchsten Rate ununterbrochenen Wirtschaftswachstums in der Geschichte. Der Zeitpunkt, an dem China die USA volkwirt-

⁸ <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Regierungserklaerung/2010/2010-05-19-merkel-erklaerung-eu-stabilisierungsmassnahmen.html>

⁹ Gideon Rachman, *Zero-Sum World*, London: Atlantic Books, 2010.

schaftlich überholt, wird ständig neu berechnet. 2003 tippte ein Bericht von Goldman-Sachs auf das Jahr 2041; bis 2007, unmittelbar vor der Finanzkrise, war bereits von 2027 die Rede, und nach der Finanzkrise brachte der «Economist» eine Prognose, wonach China die USA bereits 2019 hinter sich lassen werde.¹⁰ Nimmt man aber als entscheidenden Massstab für Berechnung und Vergleich der Bruttoinlandsprodukte nicht den jeweiligen Kurswert, sondern die Kaufkraft (die im Bezug auf die Reichweite der Ressourcen einer Gesellschaft aussagekräftiger sein könnte), so hätten die USA – zumindest einigen Berechnungen zufolge – ihre Spitzenposition bereits verloren.

Als kürzlich gemeldet wurde, dass China Japan als zweitgrösste Volkswirtschaft der Welt abgelöst habe, war das folglich keine Überraschung mehr. Japan ist eine grosse Wirtschaftsmacht in der Pose eines kleinen Staates – mit einer starken Abneigung gegen den Gebrauch politischer Macht, wie sie für Staaten aus der zweiten und dritten Reihe typisch ist. Im Gegensatz dazu ging es China schon immer um nationale Grösse. Die beschleunigte Beförderung Chinas in den Rang einer Grossmacht ist das wichtigste geopolitische Ergebnis der Grossen Rezession im frühen 21. Jahrhundert. Damit verbunden sind grosse ökonomische Hoffnungen, aber auch politische Befürchtungen und Ängste.

Die gute Nachricht über die neue Rolle Chinas bezieht sich auf die Wirtschaft. Abgesehen von einer solideren Geldmarktpolitik und flexibleren Wechselkursen zwischen den grossen Wirtschaftsblöcken war es Chinas besonnener Reaktion (im Konzert mit anderen aufstrebenden Marktwirtschaften) zu verdanken, dass sich die aus der US-Subprime-Krise entstandene globale Finanzkrise nicht zum kompletten Zusammenbruch der Weltwirtschaft und zu einer Neuauflage der Grossen Depression ausgeweitet hat.

In einer berühmten Studie zur Situation der 1930er Jahre hat Charles Kindleberger die These aufgestellt, dass die Grosse Depression durch den Ausfall einer weltpolitischen Führung entstand.¹¹ Grossbritannien war die Hegemonialmacht des 19. Jahrhunderts gewesen, doch sein Gläubigerstatus war durch die Kosten des Ersten Weltkriegs stark angeschlagen. Unterdessen hatten sich die USA zum grössten Kreditgeber der Welt entwickelt, doch die neue Grossmacht war doppelt verwundbar: Erstens war ihr Finanzsystem instabil, mit einer chronischen Neigung zu Panik und Krisen. Zweitens war ihr politisches System unausgereift und anfällig für Populismus oder Nativismus.

¹⁰ 'Dating game: when will China overtake America?', *The Economist*, 16. Dezember 2010; siehe auch John Ross blog, <http://ablog.typepad.com/keytrendsinglobalisation/2011/02/the-central-date-for-china.html>; Arvind Subramanian, 'Is China already number one? New GDP estimates', Peterson Institute for International Economics, <http://www.piie.com/realtime/?p=1935>.

¹¹ Charles P. Kindleberger, *The world in depression 1929–1939*, 2. Ausgabe, Berkeley: University of California Press, 1986.

Gerade in der Depression, so Kindlebergers Argument, hätten die Vereinigten Staaten ihren Markt für Produkte aus dem Ausland öffnen müssen.¹² Stattdessen riegelte der Smoot-Hawley-Zoll die amerikanischen Märkte ab und provozierte Vergeltungstarife in anderen Ländern. Überdies hätten die US-Banken den unter Druck geratenen Schuldner weiter Geld leihen müssen, um zu verhindern, dass Kapitalknappheit einen weiteren Verfall der Preise erzwang und sich damit die Abwärtsspirale der Deflation noch beschleunigte. Stattdessen machte man die Banken allgemein für eine allzu sorglose Kreditvergabe während des Booms verantwortlich, auf den dann die Krise folgte. Die Banken wurden durch die harschen politischen Anschuldigungen so eingeschüchtert und geschwächt, dass der amerikanische Kapitalfluss zum Erliegen kam.

Als Schlüsselfigur bei der Entwicklung des Marshallplans setzte Kindleberger alles daran, dass aus den Lehren der Geschichte die richtigen Schlüsse gezogen wurden: Die USA sollten ihre Märkte offen halten und ihr Kapital fließen lassen, um andere Länder zu unterstützen. Später entwickelte er aus dieser Erfahrung eine übergeordnete Theorie, wonach eine wohlmeinende Grossmacht ihre Interessen potentiell mit der gesamten Weltgemeinschaft in Einklang bringen könnte, wenn sie für freien Handel und offene Finanzmärkte sorgte.

Wie anders das 21. Jahrhundert aussieht, wenn man es heute mit der Geschichte der Grossen Depression vergleicht! Die chinesische Führung hat sich als Klassenbesten in Kindlebergers Schule entpuppt. Während der Krise wuchs die chinesische Wirtschaft erstaunlich kräftig weiter, zum Teil aufgrund starker antizyklischer Strategien des Staates. Chinas Vier-Billionen-Renmimbi-Konjunkturpaket ist ein Bilderbuchbeispiel dafür, wie ausgesprochen wirksam keynesianische Methoden kurzfristig sowohl in der Binnenwirtschaft als auch im internationalen Massstab sein können. Chinas Ministerpräsident Wen Jiabao nannte das Paket «einen wichtigen Motor für die Erholung der Weltwirtschaft».¹³

In den ersten sechs Monaten nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers kam die Finanzierung des Welthandels komplett zum Stillstand. Es sah so aus, als stünde die Welt erneut am Rande einer Grossen Depression. Es war China, das gemeinsam mit anderen Schwellenländern den exportorientierten Industrieländern ökonomisch wieder auf die Beine half. Dass viele nordeuropäische Volkswirtschaften heute wieder erstaunlich stark sind und die höchsten Wachstumsraten seit 15 Jahren haben, verdanken sie in erster Linie der dynamischen Nachfrage aus aufstrebenden Märkten. Dort werden nicht

¹² Douglas Irwin, *Peddling protectionism: Smoot-Hawley and the Great Depression*, Princeton, NJ: Princeton University Press, 2011.

¹³ Rede am Sommertreffen Davos, September 13, 2010, http://www.gov.cn/english/2010-09/13/content_1701807_2.htm.

nur Investitionsgüter, Werkzeugmaschinen und andere technische Produkte verlangt, sondern auch Luxuswaren für den privaten Konsum. Die deutsche Automobilindustrie, und hier besonders die Hersteller von Luxusfahrzeugen, produzieren wieder mit voller Kapazität. China allein wird in diesem Jahr mindestens ein Fünftel, vielleicht sogar ein Viertel des Weltwirtschaftswachstums bestreiten.

China hat auch Kindelbergers finanzpolitische Lektionen gelernt. Denn für kurze Zeit sah es so aus, als ob eine ansteckende Panik, befeuert durch die Furcht vor einer übermässigen Staatsverschuldung, den fragilen politischen Kompromiss zerstören könnte, den die europäischen Länder über 50 Jahre hinweg mühsam geschmiedet hatten. Eine erste Wende in der europäischen Finanzkrise des Frühjahrs 2010 kam, als die Inhaber der grössten Währungsreserven signalisierten, dass sie den Euro weiterhin als notwendiges Gegengewicht sowohl zu dem unter Druck geratenen US-Dollar als auch zu dem ähnlich verwundbaren Yen betrachteten. China begann, europäische Staatsanleihen zu kaufen, und eine Gruppe hochkarätiger chinesischer Finanzexperten reiste sogar nach Griechenland – nicht um Staatspapiere zu erwerben, sondern um andere Anlageformen aufzukaufen, die infolge der Krise unterbewertet waren. Auch jetzt fahren nicht nur die Vertreter von den krisengeschüttelten europäischen Krisenländern – Griechenland, Portugal oder auch Ungarn – noch demütig nach Beijing, sondern auch die europäischen Finanzaufseher wie Klaus Regling oder die stärkste Figur der europäischen Politik: Angela Merkel.

Nicht nur Europa profitierte von der chinesischen Bereitschaft, die Rolle des rettenden Kreditgebers zu übernehmen. Auch in Afrika verdanken viele Volkswirtschaften ihre jüngste Dynamik dem Versuch Chinas, sich neue Quellen wichtiger Mineralien und anderer Rohstoffe zu erschliessen. Innerhalb weniger Jahre ist so ein neues Entwicklungsmodell entstanden, das sich grundlegend von jenem Ansatz unterscheidet, den die Weltbank seit Jahrzehnten propagiert und – mit mässigem Erfolg – betreibt.

Auf längere Sicht mag die Bilanz von Chinas Stimuluspaket gemischerter ausfallen. Es bleibt nicht ohne Kosten, die Weltwirtschaft zu stabilisieren – diese Erfahrung machten schon die Vereinigten Staaten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die von China gehaltenen Dollar-Mengen, wahrscheinlich um zwei Drittel der derzeitigen chinesischen Währungsreserven im Gesamtwert von umgerechnet 2,7 Millionen Dollar, werden der Chinesischen Zentralbank voraussichtlich einen hohen Buchverlust bescheren. Das Konjunkturpaket für den Binnenmarkt, das die Weltwirtschaft während der Krise massiv stützte, und das auch einen Ausgleichsprozess der weltweiten ökonomischen Ungleichgewichte in Gang gebracht hat, wird problematische Nachwirkungen haben. Ebenso wie die staatlichen Subventionen, die man hauptsächlich für die Infrastruktur bereitstellte, sorgte das Konjunkturpaket für eine massive Ausweitung der Bankkredite (um ca. 1,5 Millionen Dollar). Die darauffolgende Immobilienblase kann Chinas Banken schnell gefährlich werden. Niemand anderes als Wen Jiabao stellte in der Frühphase der globa-

len Krise fest: «In Chinas wirtschaftlicher Entwicklung mangelt es an Gleichgewichten, Koordination und Nachhaltigkeit. Problematisch ist die instabile Wirtschaftsstruktur, problematisch sind die schwachen Kapazitäten für wissenschaftliche und technologische Innovation, für Ressourcengewinnung und Umweltschutz. Dasselbe gilt für die ungleichmässige Entwicklung, die sowohl zwischen den einzelnen Regionen als auch zwischen Stadt und Land zu beobachten ist, sowie für die mangelnde Koordination zwischen wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung.»¹⁴ China ist der erste Staat mit einer relativ armen Bevölkerung, der trotzdem die Hegemonialstelle einnehmen könnte. Ausserdem wird China über kurz oder lang sich den Herausforderungen einer alternden Gesellschaft stellen müssen. So steht das Land schon zu Beginn seines Aufstiegs vor der Frage, wie es seine Vormachtstellung auf Dauer wird halten können.¹⁵

III.

Chinas zunehmende Vorrangstellung bringt noch in einer weiteren Hinsicht Probleme mit sich. In Kindlebergers These über eine wohlmeinende Ordnungsmacht und eine gute Weltordnung gibt es eine Unsicherheitsstelle, die Kindleberger, selbst ein gütiger und wohlmeinender Mann, nie im Blick hatte. So hat Kindleberger den Begriff der «Hegemonie» nicht gern benutzt. Er sprach lieber von «Verantwortung», fügte aber hinzu: «Freilich mag Hegemonie sowohl realistischer als auch zynischer sein.»¹⁶ Jedes Verhalten in der internationalen Politik ist komplex, und weder die jeweiligen Motive dafür, noch die Interpretation durch Dritte sind einfach oder einsinnig. Reine Eigeninteressen mögen als Wohltätigkeit ausgewiesen werden. Es ist nie ganz eindeutig, ob ein Staat als weitsichtige Führungsmacht handelt oder vielmehr als zynische, ausbeuterische Hegemonialmacht. Infolgedessen ist die Welt ihrem Retter nie wirklich dankbar. Es ist grundsätzlich eine undankbare Aufgabe, ein Held, ein Weltenretter oder Hegemon zu sein – und es löst Ressentiments aus.

Was noch hinzu kommt: Die positiven Auswirkungen des chinesischen Engagements in der Weltwirtschaft spürt man vor allem in solchen Regionen, die geographisch weit von China entfernt sind. Auch darin ist Chinas Situation vergleichbar mit jener der Vereinigten Staaten in der Nachkriegszeit, denn in Europa wurde die führende Rolle der USA während der wirtschaftlichen Boomjahre deutlich positiver gesehen als etwa in Kanada, Mexiko oder Mittelamerika.

¹⁴ Arthur Waldron, "The Rise of China, How Substantial?" Rede an der Tokyo Universität, 8. November 2010. Wen Jinbao, 13. September 2010, Davos Rede.

¹⁵ Susan Shirk, *China: fragile superpower*, Oxford and New York: Oxford University Press, 2007; Yasheng Huan, *Capitalism with Chinese characteristics: entrepreneurship and the state*, Cambridge and New York: Cambridge University Press, 2008.

¹⁶ Kindleberger, *World in depression*, S. 289.

Insofern überrascht es nicht, dass sich damals der stärkste und hartnäckigste ideologische Widerstand gegen den «American way of life» nicht im weit entfernten Europa formierte, sondern vielmehr in Kuba – keine hundert Meilen (150 Kilometer) vor der Küste Floridas. Und auch Mexiko fühlte sich schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts durch die amerikanische Übermacht bedroht. Heute sind es Taiwan und Vietnam, die sich auf die gleiche Weise als erste potentielle Opfer des neuen weltpolitischen Giganten China sehen.

Keine globale Führungsmacht wurde je von ihren Nachbarn geliebt. Die USA haben es allerdings nach und nach – wenn auch letztlich unzureichend – geschafft, durch multilaterale Institutionen Vertrauen aufzubauen. Das gilt insbesondere für die Einbindung Europas in ein militärisches Verteidigungsbündnis, aber auch für Unterstützungsangebote durch Organisationen wie die OEEC (später OECD) und den Internationalen Währungsfonds. Allerdings waren auch die Europäer selbst nach dem Zweiten Weltkrieg erstaunlich schnell zur Versöhnung mit ihren Nachbarn bereit – wohl nicht zuletzt deshalb, weil die offenkundigen Schrecken der Nazi-Herrschaft die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit eher in moralischen als in machtpolitischen Kategorien erforderlich machte.

Im Gegensatz zum amerikanischen Engagement für multilaterale Verträge, oder auch zu den europäischen Versuchen, durch eine Fülle gemeinsamer Institutionen die Aussöhnung zu erreichen, ist Machtpolitik aus dem politischen Erbe des 20. Jahrhunderts in Asien nicht wegzudenken. China ist nicht nur ein Musterschüler Kindlebergers, es hat auch seine Lektionen bei E. H. Carr gelernt. Schon lange bevor man das Reich der Mitte als eine neue ökonomische Supermacht wahrnahm, war es offensichtlich, dass China nach dem Zweiten Weltkrieg eine ähnliche Stellung einnahm wie die revisionistischen Mächte Deutschland und Sowjetunion in den 1930er Jahren. China war, wie es Hedley Bull 1969 im rückblickenden Kommentar zu E. H. Carr formuliert hat, der einzige Herausforderer mit «der Macht, seine Forderungen der ganzen Welt zu Gehör zu bringen».¹⁷

Für Chinas Machthaber besteht die grösste Herausforderung darin, ein stimmiges, in sich schlüssiges Weltbild zu entwickeln, durch das sich weder seine Nachbarn noch andere Länder bedroht sehen. Das chinesische Dilemma ist dem der USA in der Mitte des 20. Jahrhunderts nicht unähnlich. Wie kann eine junge Supermacht in einer Welt, die nach kommerziellen Regeln funktioniert, ihre Macht erhalten oder sogar ausbauen? Ihre Leistungsfähigkeit als Machtkonzentration, ihre Tragfähigkeit als Staatsgebilde und ihre Fähigkeit zur Befriedigung inländischer Bedürfnisse: All das hängt massgeblich von einer offenen Weltwirtschaft ab. Wenn sich andere Staaten abschotten, hat das gravierende Folgen, und Öffnung kann man nicht einfach mit Waffengewalt erzwingen.

¹⁷ Hedley Bull, 'The twenty years' crisis thirty years on', *International Journal* 24: 4, 1969, p. 636.

Auch die USA haben in den 1930er Jahren nicht die Weltwirtschaft stabilisiert. Auch sie hatten zu diesem Zeitpunkt keine Vorstellung von einer globalen Ordnung. Solche Visionen entstanden erst in den 1940er Jahren oder noch später als Antwort auf die fundamentale Bedrohung der Freiheit und Menschenwürde durch Hitler und Stalin. Wissenschaftliche Beobachter der internationalen Beziehungen haben hervorgehoben, in welchem Ausmass internationale Regelwerke sozusagen zur Auslagerung interner Präferenzen dienen können, als Methode zur Aufrechterhaltung einer liberalen Ordnung oder auch zur Selbstdisziplinierung, um sich sozusagen selbst in Schach zu halten. Auf diese Weise lässt sich ein Rahmen abstecken, innerhalb dessen verschiedene politische Optionen möglich bleiben – zum langfristigen Vorteil auch der Innenpolitik. Ist das politische System des führenden Landes offen und föderal, so wird dies durch die internationale Ordnung rückverstärkt; zugleich funktioniert diese Ordnung als Garantie für andere Mächte, dass sie jederzeit Mechanismen zur Vertretung ihrer je eigenen Interessen vorfinden.¹⁸

China mag nach der Wende vom 20. zum 21. Jahrhundert zur Stabilisierung der Weltwirtschaft beigetragen haben. Es gibt jedoch absolut keine Anzeichen dafür, dass sich in China die Vision einer weltpolitischen Ordnung entwickelt. Bislang herrscht dort allenfalls 幸灾乐祸 (xing zai le huo) – Schadenfreude über den Kollaps abgegriffener Allgemeynplätze einer liberalen, demokratischen Politik und Wirtschaft.

In der Nachkriegszeit versuchten die Vereinigten Staaten, die Weltgemeinschaft mit Hilfe mächtiger Stiftungen auf die Leitlinien von Fortschritt und Wohlstand zu einzuschwören. Ganze Generationen europäischer Politiker und auch Wissenschaftler wurden von der Carnegie-, Ford- oder Rockefeller Foundation geprägt. Die Amerikanische Popkultur regte zur Nachahmung an und sorgte für Proteste, die sich kanalisieren und zuletzt in den Mainstream inkorporieren liessen. Wer sich von offener Militär- oder Wirtschaftsmacht abgestossen fühlte, den versöhnte Bob Dylan mit dem American Way of Life. Hier hat sich China zweifellos einiges von Amerika abgeguckt: So wächst das chinesische Hörfunkangebot auf Radio International in Kenia in rasantem Tempo, während gleichzeitig den Sendern von Radio Free Europe / Radio Liberty die Budgets zusammengestrichen werden – vom BBC World Service ganz zu schweigen. Das Kulturbudget wächst schneller als das Militärbudget. Peng Liyuan, die Gemahlin des wahrscheinlichen Nachfolgers von Hu Jintao, Xi Jinping, wird oft als Neuaufgabe von Jackie Kennedy gehuldigt. Dennoch ist es kaum vorstellbar, dass China etwa anstreben könnte, dem Rest der Welt die intellektuelle Vision einer Lenovo-Stiftung erfolgreich nahezubringen, oder dass es der Sängerin Zhou Bichang gelingen könnte, Ressentiments gegen die von den Schwellenländern vorangetriebene Globalisierung abzubauen. Die Globalisierung von gestern wurde als

¹⁸ Siehe G. John Ikenberry, *After victory: institutions, strategic restraint, and the rebuilding of order after major wars*, Princeton, NJ: Princeton University Press, 2001, besonders S. 203–206.

Amerikanisierung, als unaufhaltsamer Vormarsch eines geistlosen Konsumerismus gedacht; heute verbindet man mit demselben Begriff bereits eine «Chinesisierung» – die weltweite Verbreitung der Billiglohn-Produktion.

In der internationalen Politik zerreißen die Konflikte über Chinas Währungspolitik und seinen derzeitigen Leistungsbilanzüberschuss das Netzwerk der alten multilateralen Mechanismen, dem ein ganz und gar amerikanisches Weltbild zugrundelag. Der Streit droht genau jene internationalen Koordinierungs-Werkzeuge zu zerstören, von denen man noch vor wenigen Jahren hoffte, sie könnten die Welt vor einer Wiederholung der katastrophalen politischen Fehlentscheidungen der 1930er Jahre bewahren. Auf der globalen Ebene hat der Währungskrieg die G-20, noch vor zwei Jahren eine treibende Kraft für die konzertierte Eindämmung der internationalen Finanzkrise, komplett lahmgelegt. Der amerikanisch-chinesische Disput hat überdies die Hilflosigkeit des Internationalen Währungsfonds blossgestellt, gerade als diese Institution verzweifelt versuchte, sich in der Finanzkrise als nützlich zu erweisen und ihre Autorität wieder geltend zu machen.

Derzeit wirkt die chinesische Führung geradezu gelähmt angesichts der Herausforderungen, die eine internationale Vormachtstellung mit sich bringt. Das Interesse an Menschenrechten, an der Charta 08 und am Regimekritiker Liu Xiaobo im eigenen Land wertet sie als Teil eines subversiven, von Amerika inspirierten Angriffs auf Chinas Interessen. Die chinesische Antwort auf die Nobel-Friedenspreisvergabe an Liu Xiaobao, einen eigenen Friedenspreis an Vladimir Putin zu verleihen, wirkte geradezu lächerlich.

Ob die künftige internationale Ordnung friedlich sein wird oder nicht, hängt massgeblich von der Wandlungsfähigkeit der chinesischen Machthaber, bzw. ganz allgemein von den Führungen grosser Schwellenländer ab. Sie müssten zuerst zu einem Leitbild gelangen, das adäquate Fundamente nicht nur für den internationalen Handel, sondern auch für tiefere Formen menschlicher Beziehungen legen könnte.

Bei der Globalisierung geht es nicht allein um das Erkennen und Ausnutzen von Marktchancen. Eines der beliebtesten Argumente der Aufklärung folgte Montesquieus Analyse des «doux commerce», der mildernden, befriedenden Wirkung des Handels. Es ist dasselbe Argument, das Carr zu widerlegen versuchte. Allerdings muss man sagen, dass dieses Argument zu Montesquieus Zeit ebenso unwahrscheinlich oder gar falsch schien wie in den 1920er und 1930er Jahren – man denke nur an die ständigen Handelskriege zwischen Frankreich, England und den Niederlanden. Doch irgendwann entstand eine Sensibilität dafür, dass der Handel Einfühlsamkeit oder sogar Empathie erforderte, ein Verständnis dafür, was andere Gesellschaften wollten und brauchten. Ohne dieses Verständnis entwickelt sich der Handel nicht über einen belanglosen Austausch von bunten Glasperlen hinaus.

Der ökonomische Bedarf nach einem Unterfutter aus Vorstellungskraft und Empathie muss sich allerdings nicht immer positiv auswirken. Die Schattenseite zeigt sich insbesondere in der langfristigen Entwicklung der Beziehungen zwischen den Staaten am westlichen und am östlichen Ende der eurasischen Landmasse. Man denke nur an die Versuche westlicher Denker, Politiker und Kaufleute, den Bedarf Chinas festzustellen: Die Uhren der Jesuiten im 17. Jahrhundert waren noch harmlos, verglichen mit den Kanonen des 18. und dem Opium des 19. Jahrhunderts. Man versteht nur zu gut, warum der chinesische Kaiser Chi'en Lung in seinem berühmten Schreiben an Lord Macartney's Botschaft 1793 betonte, das chinesische Kaiserreich besitze alle Güter im Überfluss und habe infolgedessen kein Interesse an den Importwaren fremder Barbaren.

Handel setzt Verständnis voraus; und die falsche Art von Verständnis ruft heftige Reaktionen hervor. Ein Handelssystem, der einzig und allein auf schnellen, ungehinderten und einseitigen Profit aus ist, wird zu Vertrauensverlust führen. Dieser Vertrauensverlust wird auch die internationalen Beziehungen belasten und schliesslich die politische Ordnung zerstören. Eine Marktgesellschaft kann nicht einfach auf der Basis jener Werte existieren, die sie als Resultat ihrer kommerziellen Aktivitäten und ihres Warenaustauschs selbst erzeugt. Der Kapitalismus – sei er amerikanischer oder chinesischer Art – bringt seine Anerkennung und Legitimität nicht durch eine schlichte Magie des Marktes selbst hervor. Die Welt der bunten Glasperlen ist nicht von Dauer. Der Verhaltenskodex in einer Marktgesellschaft muss sich vielmehr aus einer externen Quelle gemeinsam festgelegter und dauerhaft gültiger Werte speisen. Erodieren diese Grundwerte, ist Instabilität die Folge.

Diese Dynamik ist der Kern eines Mechanismus, der im Verlauf der Geschichte regelmässig zu neuen Rückschlägen und Gegenbewegungen im globalen Integrationsprozess führt. Die Austauschprozesse, die im Zuge der Globalisierung stattfinden, bringen nicht automatisch einen in sich tragfähigen, nachhaltigen Wertekanon hervor. Ganz im Gegenteil erzeugt der ständige Wandel, der aus immer neuen Begegnungen, Optionen und Technologien entsteht, Unsicherheit und hat deshalb tendenziell zersetzende Wirkung. In einer Krise wird dann schnell der Ruf nach einer Rückkehr zu älteren, vertrauten Werten laut, oft gepaart mit Autarkiegedanken und Forderungen nach einer Einschränkung der Aussenbeziehungen.

Die der Empathie zugrundeliegenden Werte haben einen anderen Ursprung als Handel und Warenaustausch. Woher stammen die Grundwerte, wenn es um Menschenwürde, Motivation und Haltung geht? Eine einflussreiche Schule des Denkens geht von religiösen Ursprüngen aus. Max Weber hat in einer berühmten Abhandlung das Kultivieren einer entschieden nicht geschäftsmässigen Askese in der Reformationsbewegung zum ethischen Motor des modernen Kapitalismus erklärt. Der Gedanke des Konsumverzichts sorgte dann für die Anhäufung von Überschüssen. Die grundlegende asketische Haltung

der Wirtschaftselite wurde aber durch das, was Weber den «eisernen Käfig» der Rationalisierung nannte, nach und nach ausgehöhlt. Die ursprüngliche Motivation verschwand; zurück blieb ein Gefühl der Leere. Dieser Prozess des Bedeutungsverlusts im ökonomischen Prozess war es, der nach Webers Auffassung eine Gegenreaktion auslöste, in der wirtschaftliche Prozesse nur noch als reine Ausbeutung und Durchsetzung von Machtinteressen betrachtet wurden. Es ist diese Gegenreaktion, die E. H. Carr fälschlich als den wahren Charakter des Kapitalismus beschrieben hat.

Gesellschaften, die eine solche Phase der Gegenbewegung gegen die Globalisierung durchmachen, schauen sich bald nach Alternativen um. So hielt der Mathematiker Masahiko Fujiwara in seinem 2007 erschienenen Buch «The Dignity of a State» (Die Würde einer Nation) ein leidenschaftliches Plädoyer für einen «japanischen Sonderweg». Darin behauptet er, die liberale Demokratie sei eine westliche Erfindung und passe nicht zum Charakter Japans oder Asiens. Die Argumentation ist eigentümlich, und sie erinnert an die üblicherweise mit dem Namen Friedrich Nietzsche verbundene Kritik, wonach das Christentum (ebenso wie der Islam) eine nachgiebige, ja sogar untertänige Mentalität erzeuge – in Abkehr von den heroischen Tugenden der klassischen Antike, aber auch im Gegensatz zu Krieger-Gesellschaften wie etwa der Welt der japanischen Samurai. Fujiwara wendet sich auch gegen das Prinzip der Vernunft, das doch essentiell für die Fähigkeit einer Gesellschaft ist, über ihre eigenen Grenzen hinaus zu denken und mit anderen zu interagieren. Fujiwara zufolge wird Rationalität, ein weiteres westliches Konstrukt, in der Demokratie zu wichtig genommen. «Wir Japaner haben aber keine Religion wie das Christentum oder den Islam», schreibt er weiter. «Deshalb brauchen wir etwas anderes: tiefgehende Gefühle.»¹⁹

Solche Lösungsmodelle sind in der Regel spezifisch für eine bestimmte Nation. Entsprechend lassen sie sich auch nur für eine nationale, nicht aber für eine internationale Ordnung nutzen. Vor einem Jahr betonte der Gouverneur der chinesischen Volksbank, Zhou Xiaochuan, in einer Verbalattacke auf die amerikanische Hegemonialstellung die Bedeutung des Konfuzianismus mit seinen Werten «der Sparsamkeit, der Selbstdisziplin, des Mittelwegs und der Ablehnung jeglicher Extravaganz».²⁰ Das klingt wie eine nostalgische Hommage an Webers Entwurf einer protestantischen Arbeitsethik, die der Westen verloren oder aufgegeben hat. Doch solche Appelle werfen nach wie vor Webers Frage auf, was die eigentliche Motivation dieser Arbeitsethik ist, und inwiefern sie mit substantiellen menschlichen Neigungen übereinstimmt. Wir können das Wirtschaftsleben nicht einfach dadurch verstehen, dass wir seine Operationen beobachten. Wir müssen über

¹⁹ Masahiko Fujiwara, *The dignity of a nation*, Tokyo: IBC Publishing, 2007; auch David Pilling, 'Lunch with the FT: Masahiko Fujiwara', *Financial Times*, 9. März 2007.

²⁰ Zhou Xiaochuan, 'On savings ratio', 24. März 2009, <http://www.pbc.gov.cn/english>

seine innere Logik nachdenken, und wir müssen uns fragen, wie weit diese Logik mit der Natur und der Entwicklung des menschlichen Wesens korrespondiert. In diesem Sinne hat uns die Finanzkrise zu den grundsätzlichen Fragen zurückgeführt. Die chinesische Führung versteht das, weiss aber noch keine Antworten. Sie kann ganz akut den Rahmen für ihr eigenes Land abstecken – doch sie kann nicht absehen, wie Chinas Antwort in ein Werteuniversum passt, das weltweit, eben: universell, gilt.

Universitätsreden

-
- | | | |
|----|---|---|
| 1 | Walter Kirchschräger | Pluralität und inkulturierte Kreativität.
Biblische Parameter zur Struktur von Kirche
<i>[Rektoratsrede, 7. November 1997]</i> |
| 2 | Helmut Hoving | Göttliche und menschliche Personen. Die Diskussion um
den Menschen als Herausforderung für die Dogmatik
<i>[Antrittsvorlesung, 30. Oktober 1997]</i> |
| 3 | Rudolf Zihlmann | Zur Wiederentdeckung des Leibes.
Vom Zen-Buddhismus zu neueren westlichen Erkenntnissen
<i>[Gastvorlesung, 12. November 1997]</i> |
| 4 | Clemens Thoma | Das Einrenken des Ausgerenkten. Beurteilung der
jüdisch-christlichen Dialog-Geschichte seit dem Ende des
zweiten Weltkrieges
<i>[Abschiedsvorlesung, 18. Juni 1998]</i> |
| 5 | Walbert Bühlmann | Visionen für die Kirche im pluralistischen Jahrtausend
<i>[Festvortrag an der Thomas-Akademie, 21. Januar 1999]</i> |
| 6 | Charles Kleiber | L'Université de Lucerne, quel avenir?
<i>[Vortrag Generalversammlung Universitätsverein Luzern,
25. März 1999]</i> |
| 7 | Helga Kohler-Spiegel | «Wenn ich könnte, gäbe ich jedem Kind einen
Leuchtglobus...»
<i>[Abschiedsvorlesung, 9. Mai 1999]</i> |
| 8 | Rolf Dubs | Universitätsstudium – Anforderungen aus der Sicht der
Lehr- und Lernforschung
<i>[Festvortrag vom Dies Academicus, 10. November 1999]</i> |
| 9 | Kaspar Villiger | 400 Jahre Höhere Bildung in Luzern – Bildung an der
Schwelle des 21. Jahrhunderts
<i>[Dokumentation der 400-Jahr-Feier, 5. April 2000]</i> |
| 10 | Enno Rudolph
Gabriel Motzkin
Beat Sitter-Liver
Uwe Justus Wenzel | Menschen züchten? Nach der Sloterdijk-Debatte:
Humanismus in der Krise
<i>[Podiumsgespräch, 13. Januar 2000]</i> |
-

11	Kurt Seelmann	Thomas von Aquin am Schnittpunkt von Recht und Theologie <i>(Festvortrag an der Thomas-Akademie, 20. Januar 2000)</i>
12	Paul Richli	Das Luzerner Universitätsgesetz im Fokus der Rechtswissenschaft <i>(Dokumentation, 26. Oktober 2000)</i>
13	Andreas Graeser	Nachgedanken zum Begriff der Verantwortung <i>(Festvortrag zum fünfzehnjährigen Bestehen des Philosophischen Seminars, 7. November 2000)</i>
14	Johann Baptist Metz	Das Christentum im Pluralismus der Religionen und Kulturen <i>(Festvortrag an der Thomas-Akademie, 25. Januar 2001)</i>
15	Paul Richli	Eröffnungsfeier der Rechtswissenschaftlichen Fakultät <i>(Ansprachen, 22. Oktober 2001)</i>
16	Helen Christen	Fallstrick oder Glücksfall? Der deutsch-schweizerische Sprachformengebrauch in Diskussion <i>(Festvortrag zum Dies Academicus, 5. November 2003)</i>
	Hubertus Halbfas	Traditionsabbruch. Zum Paradigmenwechsel im Christentum <i>(Festvortrag zur Thomas-Akademie, 22. Januar 2004)</i>
17	Gabriela Pfyffer von Altishofen	Infektionskrankheiten. Schreck von gestern – Angst vor morgen? <i>(Festvortrag zum Dies Academicus, 3. November 2005)</i>
	Florian Schuller	Vom Nach-denken und vom Vor-denken. Oder: Wo sich gangbare Wege zeigen in der Krise christlicher Existenz <i>(Festvortrag zur Thomas-Akademie, 19. Januar 2006)</i>
18	Rudolf Stichweh	Die zwei Kulturen? Gegenwärtige Beziehungen von Natur- und Humanwissenschaften <i>(Festvortrag zum Dies Academicus, 9. November 2006)</i>
	Felix Bommer	Hirnforschung und Schuldstrafrecht <i>(Festvortrag zum Dies Academicus, 24. Oktober 2007)</i>

19	Rudolf Stichweh	Universität nach Bologna. Zur sozialen Form der Massenuniversität <i>(Festvortrag zum Dies Academicus, 29. Oktober 2008)</i>
	Rudolf Stichweh	Universität in der Weltgesellschaft <i>(Festvortrag zum Dies Academicus, 1. Oktober 2009)</i>
20	Paul Richli	Die Universität als rechtlicher Raum <i>(Akademische Rede am Dies Academicus, 4. November 2010)</i>
21	Monika Jakobs	Wissenschaft und Gender <i>(Akademische Rede am Dies Academicus, 2. November 2011)</i>
	Dick Marty	Zehn Jahre Rechtswissenschaftliche Fakultät Luzern <i>(Festvortrag zur Jubiläumsfeier der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Luzern, 11. November 2011)</i>
